



Aktuelle Informationen Mai 2017

An die Bezieher meines Newsletters

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs mit den generellen Entwicklungen der Digitalisierung unseres Lebens (Wirtschaft und Arbeit 4.0), der Flüchtlingsbewegung und der demographischen Entwicklung kommt es darauf an, bei politischen Entscheidungen und in unserer Gesellschaft klare Wertestrukturen zu haben und in den politischen Entwicklungsprozess einzubringen.

Für mich sind dies das christliche Menschenbild und Grundwerte, die sich aus der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik ergeben. Deshalb ist mir auch eine Verbindung zwischen politischem und kirchlichem Leben sehr wichtig. Nachdem ich bereits mehr als eineinhalb Jahrzehnte Mitglied im Präsidium des Landeskomitees gewesen bin, habe ich mich entschlossen, für den Vorsitz zu kandidieren. In einer KampfAbstimmung wurde ich mit knapper Mehrheit (siehe Newsletter) gewählt. Dies ändert selbstverständlich nicht mein politisches Engagement, außer dass ich auf einer Ebene (in meinem Kreisverband) Führungsverantwortung abgebe, um etwas zeitlichen Spielraum zu gewinnen.

Ich sehe vielmehr Chancen, die Ziele in gesellschaftlichen und politischen Bereichen besser miteinander verbinden zu können und werde Sie auch über meine weiteren diesbezüglichen Initiativen im Rahmen dieses Newsletters immer gerne auf dem Laufenden halten.

Viel Spaß beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Joachim Unterländer

Inhalt:

- MdL Joachim Unterländer neuer Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern S. 2
- Maiaufruf der CSA 2017 S. 3
- Festakt „70 Jahre CSA“ mit Horst Seehofer S. 3
- Einleitung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in Feldmoching wäre völlig falsche Entscheidung S. 4
- Jugendarbeit ist der beste Weg, um Radikalisierung entgegen zu wirken S. 6
- Entgegennahme der Resolution der Gewerkschaft ver.di zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen S. 7
- IMPRESSUM S. 8

München, im Mai 2017

MdL Joachim Unterländer zum neuen Vorsitzenden des Landeskomitees der Katholiken in Bayern gewählt

Der Landtagsabgeordnete aus dem Münchner Norden und Vorsitzende des Sozialausschusses des Bayerischen Landtags, Joachim Unterländer, ist bei der Frühjahrsvollversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern zum neuen Vorsitzenden gewählt worden.

Unterländer erhielt – bei einer Gegenkandidatin – eine knappe Mehrheit. Er ist bereits seit 16 Jahren stellvertretender Vorsitzender dieses Gremiums, das ein Zusammenschluss aller Diözesanräte in Bayern, der katholischen Verbände auf Landesebene und hinzugewählter Einzelpersonlichkeiten ist.

Das Landeskomitee ist sowohl in der bayerischen Kirche ein Anwalt für die Arbeit der Laien (Pfarrgemeinderäte) als auch eine landespolitische Stimme der Kirche.

MdL Joachim Unterländer erklärte vor seiner Wahl: „Mir ist es besonders wichtig, sowohl innerkirchliche Diskussionen im Sinne einer stärkeren Beteiligung von Frauen in der Kirche (Diakonat der Frau), aktive Pfarrgemeinden unter Einbeziehung von Laien in der Fläche als auch die großen gesellschaftlichen Umbrüche kritisch zu begleiten. Hierzu stelle ich mir vor, dass der politische Katholizismus in Bayern, der für die Entwicklung unseres Landes viele positive Entscheidungen geleistet hat, parteiübergreifend und in der Ökumene wiederbelebt wird.“

Mit Unterländer wurden die Landesvorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Dr. Elfriede Schießleder, der Geschäftsführer der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg, Michael Eibl und die Landesgeschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen, Monika Meier-Pojda, in das Präsidium des Landeskomitees gewählt.

Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, MdL Thomas Kreuzer, gratulierte in einer Pressemitteilung MdL Joachim Unterländer zu seiner Wahl.

Thomas Kreuzer gratuliert neuem Vorsitzenden des Landeskomitees der Katholiken in Bayern - Joachim Unterländer ist ein überzeugter und überzeugender Katholik

"Wir gratulieren Joachim Unterländer zu seiner Wahl. Er ist ein überzeugter und überzeugender Katholik, der seinen Glauben in allen Bereichen seines Wirkens lebt. Wir freuen uns auf die gute Zusammenarbeit."

Mit diesen Worten beglückwünschte Thomas Kreuzer, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, seinen Fraktionskollegen Unterländer. Dieser war von der Vollversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern zu deren neuem Vorsitzenden gewählt worden. Der 59-jährige CSU-Landtagsabgeordnete ist sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion und dort auch für Fragen der katholischen Kirche zuständig.

MdL Joachim Unterländer als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern im Bayernkurier-Interview

Als neugewählter Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern hat MdL Joachim Unterländer dem Bayernkurier ein Interview gegeben. Das Interview ist mit dem Link <https://www.bayernkurier.de/kultur/23994-politik-aus-sicht-des-glaubens/> einsehbar.

Maiaufruf der CSA 2017

Die Situation der Beschäftigten im Freistaat Bayern ist gut. Arbeitsperspektiven und die Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit sind im Freistaat Bayern besser als in allen anderen Ländern. Doch anlässlich des Maifeiertages 2017 gilt es auch festzustellen, dass es allgemeine Herausforderungen in unserem Land gibt, die dringend gelöst werden müssen.

Wir brauchen in unserem Land wieder mehr Tarifverträge und Tarifbindungen, da dies Verlässlichkeit und gute Lohnbedingungen bedeutet. Dazu müssen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und die Bedingungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe weiter verbessert werden.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt (Wirtschaft und Arbeit 4.0) darf Arbeitnehmerrechte nicht aushöhlen und die Beschäftigten gerade bei der Gestaltung der Arbeitszeit nicht schlechter stellen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat auch in der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik Priorität.

Die Migrations- und Zuwanderungssituation darf weiterhin nicht zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Sprachkompetenz, Ausbildung und Beschäftigung sind hierfür die wichtigsten Voraussetzungen.

Die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der CSU steht an der Seite der Beschäftigten in den unterschiedlichsten Situationen. Auch die, die aufgrund ihrer familiären Situation, Krankheit oder Behinderung Arbeit suchen, finden unsere vorrangige Unterstützung.

Festakt „70 Jahre CSA“ mit Horst Seehofer beim CSA-Maiempfang in Amberg

Am 1. Mai fand in Amberg der traditionelle Mai-Empfang der CSA statt, der in diesem Jahr mit den Feierlichkeiten zum 70-jährigen Bestehen der CSA verbunden wurde. Das Interesse an der Veranstaltung war insbesondere aufgrund der Teilnahme des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Horst Seehofer MdL, außergewöhnlich groß. Neben zahlreichen CSA-Vertretern befanden sich auch prominente Persönlichkeiten unter den Gästen.

Nach einem feierlichen Gottesdienst in der Basilika St. Martin wurden die Gäste von dem CSA-Landesvorsitzenden, Joachim Unterländer MdL, im Amberger Kongress Centrum (ACC) begrüßt. In seiner Rede hob er die Bedeutung der CSA innerhalb der CSU hervor und verwies auf die großen Herausforderungen christlich-sozialer Arbeitnehmerpolitik im Zeichen von Digitalisierung und Arbeit 4.0. Anschließend gratulierte der Oberbürgermeister der Stadt Amberg, Michael

Cerny, der CSA zu ihrem 70-jährigen Bestehen, für die anschließend der gastgebende Bezirksvorsitzende der CSA Oberpfalz, Reiner Meier MdB, sprach.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Festrede des Ministerpräsidenten und früheren CSA-Vorsitzenden Horst Seehofer. Er unterstrich ebenfalls die große Bedeutung der CSA innerhalb der CSU als „Schutzmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, die er auch als „Anwalt des kleinen Mannes“ bezeichnet.

Die Folgen der Digitalisierung erforderten einen stärkeren Dialog mit den Arbeitnehmern, um soziale Verwerfungen zu vermeiden. Der Aufstieg radikaler Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums könne, so Seehofer, nur durch eine Politik verhindert werden, die die Interessen der Arbeitnehmerschaft ausreichend berücksichtigt. Auch im Bereich der Bildungspolitik müsse darauf geachtet werden, nicht nur Fähigkeiten zu entwickeln, sondern auch Herzensbildung zu fördern. Akademisierung alleine sei nicht das richtige Mittel, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, sondern eine Stärkung aller Bildungswege. Abschließend bedankte sich Horst Seehofer für das Engagement der CSA-Mitglieder, die zum sozialen Profil der CSU einen großen Beitrag leisteten.

MdL Joachim Unterländer: Einleitung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in Feldmoching wäre die völlig falsche Entscheidung

Im Zusammenhang mit der Diskussion im Vorfeld der möglichen Beschlussfassung des Münchner Stadtrats zur Einleitung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme hat sich der örtlich zuständige Landtagsabgeordnete für den Münchner Norden Joachim Unterländer in einem Schreiben, das er u. a. an Oberbürgermeister Dieter Reiter, zweiten Bürgermeister Josef Schmid und Stadtbaurätin Prof. Dr. Elisabeth Merk gerichtet hat, entschieden gegen die Durchführung einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (§§ 165 ff. des Baugesetzbuches) ausgesprochen.

In seinem Schreiben (siehe Anlage) führt MdL Joachim Unterländer zehn Punkte auf, die gegen eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme sprechen.

MdL Joachim Unterländer unterstützt damit die Bemühungen der betroffenen und engagierten Bürger insbesondere aus dem Münchner Norden, die sich allesamt gegen die Einleitung der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme aussprechen.

MdL Joachim Unterländer: „Keiner der Betroffenen und der Bürgerinnen und Bürger aus dem Münchner Norden ist gegen dringend notwendigen Wohnungsbau. Es muss sich hierbei aber um ökologisch vertretbare Konzepte handeln, da mit den bereits auf den Weg gebrachten großen Siedlungsvorhaben an der Raheinstraße, an der Hochmutteringer Straße und an der Bergwachtstraße bereits rund 10.000 Wohnungen geschaffen werden sollen. Hier zum jetzigen Zeitpunkt mit den Instrumenten der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme eine Präjudizierung vorzunehmen, ist weder politisch noch städtebaulich oder ökologisch der richtige Weg. Die Bürgerinnen und Bürgern im Münchner Norden dürfen durch eine solche Lösung bei allen Beteiligungsmöglichkeiten nicht überrumpelt werden.“

Keine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme in Feldmoching gegen den Willen der Bevölkerung und mit mangelnder Transparenz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die gegenwärtige Diskussion zur Einleitung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach den §§ 165 ff. Baugesetzbuch für den nordwestlichen Bereich Münchens in Feldmoching (24. Stadtbezirk) zeigt, dass es sich um ein hochsensibles Vorhaben handelt, dessen Auswirkungen über Jahrzehnte das Stadtbild, aber auch die ökologischen Entwicklungspotentiale in diesem Raum dringend und vollständig berücksichtigen müssen. Dies ist nur mit einer transparenten vollständigen Bürgerbeteiligung möglich.

Deshalb wird die Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme für den Bereich Feldmoching abgelehnt.

Es gibt, entwickelt aus der aktuellen Diskussion, mindestens zehn Gründe, die sowohl politisch als auch städtebaulich, ökologisch wie kulturell gegen dieses Vorhaben sprechen:

1. Das Vorhaben hat schon jetzt keine demokratische Legitimation, da es von der Bevölkerung rundweg abgelehnt wird. Die Bürgerversammlung, der Bezirksausschuss 24 und auch die Bürgerinitiativen aus dem Münchner Norden akzeptieren dieses Vorhaben keinesfalls.
2. Die Transparenz, die aufgrund der sensiblen städtebaulichen Entwicklung vollständig zu berücksichtigen ist, erscheint mit der Einleitung des bisherigen Prozesses als keineswegs gewahrt.
3. Die Überlegungen zur Einleitung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme für den nordwestlichen Bereich Feldmochings werden nicht in einem Zusammenhang gesehen mit den bereits beschlossenen oder in Vorbereitung befindlichen größeren Bauvorhaben in diesem Einzugsbereich, den Großbauvorhaben an der Hochmuttinger Straße, an der Raheinstraße und an der Bergwachtstraße mit 5.000 bis 6.000 Wohneinheiten.
4. Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es in der Münchner Stadtgesellschaft keinen Konsens darüber, wie sich die Stadt mit ihrem Großraum, ihren Einzugsbereichen und ihren Potentialen entwickeln soll. Es kann nicht sein, dass einzelne Vorhaben, verteilt über das Stadtgebiet, gezielt „herausgebrochen“ werden und ein Gesamtzusammenhang nicht beachtet wird.
5. Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die verkehrliche Entwicklung im Münchner Norden als überaus katastrophal zu bezeichnen. Lange Stauungen in den Einzugsbereichen und überfüllte öffentliche Verkehrsmittel zeigen, dass hier sowohl im öffentlichen Personennahverkehr als auch im Individualverkehr Entlastungsmaßnahmen dringend erforderlich sind. Diese werden blockiert, wenn sich alles auf große Planungsentwicklungen im Rahmen von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen konzentriert.
6. In den vergangenen Jahrzehnten wurden Vorhaben, die auch seitens der kommunalen und Landespolitik unterstützt wurden, durch die Stadtverwaltung abgelehnt, da der fragliche Flächenbereich als überregionaler Grünzug und als ökologisch wertvoller Bereich bezeichnet wurde. Soll diese Argumentation heute nicht mehr gelten?
7. Das Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach §§ 165 ff. des Baugesetzbuches blockiert (auch in der Grundstücksentwicklung) das gesamte Gebiet aufgrund gesammelter Erfahrungen über Jahrzehnte, ohne dass sich tatsächliche Lösungen für dringend zu klärende Probleme umsetzen lassen.
8. Das plötzliche Einleiten von Verfahren dieser Art spricht nicht dafür, dass eine Stadtentwicklung mit der Bevölkerung gestaltet werden soll, sondern dass die Stadtentwicklung ohne diese Legitimation „auf den Weg gebracht“ werden soll.
9. Auch die alternativ für diese Gebiete ins Gespräch gebrachte sozial gerechte Bodennutzung kann erst dann als Möglichkeit in Betracht gezogen werden, wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Legitimation für die Zielsetzungen und ein nachvollziehbares Verfahren geschaffen worden sind.
10. Es ist völlig unbestritten, dass aufgrund des Wohnungsmangels und des Zuzugs in den Großraum München Wohnungsbau dringend erforderlich ist. Aber dies muss in einer ökologisch verträglichen Form und in Abstimmung mit der Bevölkerung und auch den anliegenden Umlandgemeinden erfolgen. Nur ein diesbezügliches Gesamtkonzept, das über mehrere Jahrzehnte das Entwicklungspotential tatsächlich festlegt, ist nachvollziehbar und eine Perspektive, die akzeptiert werden kann.

Um entsprechende Berücksichtigung dieser Argumente in den weiteren Diskussionen wird gebeten.

MdL Joachim Unterländer: „Jugendarbeit ist der beste Weg, um Radikalisierung entgegenzuwirken“ – Landtag hat auf Antrag der CSU verbessertes Gesetz beschlossen

Arbeitnehmer können jetzt leichter und flexibler für ihre Jugendleitertätigkeit freigestellt werden. Damit wird ihre Arbeit vor Ort mit den Jugendlichen unterstützt. Der Landtag hat auf Antrag der CSU-Fraktion ein verbessertes Jugendarbeits-Freistellungsgesetz beschlossen. Dazu MdL Joachim Unterländer: „Jugendarbeit unterstützen ist der beste Weg, um der Radikalisierung unter jungen Menschen und einer Schwächung der Zivilgesellschaft entgegenzutreten. Außerdem stärken wir so den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“

Mit diesen Worten begrüßte MdL Joachim Unterländer die Entscheidung, die federführend in dem von ihm geleiteten sozialpolitischen Arbeitskreis der CSU-Landtagsfraktion und dann insgesamt im Bayerischen Landtag beschlossen worden ist. Künftig sollen z. B. auch stundenweise Freistellungen möglich sein, was Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen entgegenkommt.

Die CSU reagiert mit der Gesetzesänderung auf neue Gegebenheiten im ehrenamtlichen Bereich und im Arbeitsleben. Hierzu sollen die Freistellungsmöglichkeiten flexibilisiert und der Freistellungsanspruch nicht mehr nach Tagen, sondern Veranstaltungen bemessen werden.

„Unser Vorschlag schafft mehr Flexibilität für die Ehrenamtlichen. Es liegt auch im Interesse der Arbeitgeber, selbständige und verantwortungsvolle Mitarbeiter in ihren Unternehmen zu haben. Sie profitieren mittel- und langfristig von diesen wichtigen Eigenschaften“, bekräftigte MdL Joachim Unterländer.

Jugendarbeit ist in jedem Fall ein Gewinn für die Gesellschaft. Sie bietet jungen Menschen die Chance, durch eigenes ehrenamtliches Engagement zu aktiven und pflichtbewussten Bürgern heranzureifen.

MdL Joachim Unterländer wies darauf hin, dass die Verbesserungen nicht nur Jugendlichen zugutekommen, sondern auch Erwachsenen, die in der Jugendarbeit aktiv sind. Die Jugendverbände können mit dieser ehrenamtlichen Leistung einen gesellschaftlichen Beitrag leisten, der vom Staat allenfalls mit enormen Mitteln geleistet werden könnte.

„Aber selbst mit viel Geld kann der Staat nicht die gleiche Qualität ersetzen, die als gesellschaftlicher Kitt durch ehrenamtliche Arbeit entsteht“, zeigte sich MdL Joachim Unterländer überzeugt. Durch die ehrenamtliche Arbeit entstünden Bindekräfte in einer Zivilgesellschaft.

MdL Joachim Unterländer übernimmt im Bayerischen Landtag Resolution der Gewerkschaft ver.di zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Gemeinsam mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden MdL Ingrid Heckner und dem Ausschusskollegen MdL Thomas Huber hat MdL Joachim Unterländer von der Gewerkschaft ver.di eine Resolution von rund 100 Betriebsräten, die auf einer tarifpolitischen Konferenz beschlossen worden ist, entgegengenommen und auch persönliche Unterstützung zugesagt.

Dazu MdL Joachim Unterländer:

„Es wird immer dramatischer, wenn Unternehmen keine Tarifverträge anwenden, weil damit nicht nur die Verlässlichkeit bei der Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr gewährleistet ist, sondern auch eine Gefährdung des sozialen Friedens zu befürchten ist. Allein in der Handelsbranche haben 70 % der Beschäftigten heute keinen Rechtsanspruch mehr auf die tariflichen Leistungen. Die gesetzliche Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, muss deshalb offensiv angewandt werden. Ich unterstütze deshalb diese Initiative.“

Aktuelle Bürgersprechstunde

Joachim Unterländer, der CSU-Landtagsabgeordnete im Münchner Norden und Nordwesten, legt großen Wert auf den persönlichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis. Während der Bürgersprechstunden nimmt er sich Zeit für alle Anliegen.

Die nächsten Bürgersprechstunden finden statt am:



Freitag, 12. Mai 2017 von 16:00 bis 17:00 Uhr

Montag, 29. Mai 2017 von 16:00 bis 17:00 Uhr

im CSU-Bürgerbüro München-Nord, Joseph-Seifried-Str. 8

(am Lerchenauer See, S-Bahn-Linie 1).

Eine telefonische Voranmeldung empfiehlt sich. Selbstverständlich können interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen ihre Anliegen auch per Telefon unter 089/1 50 70 49 oder per Email an unterlaender.buergerbuero@gmail.com einbringen.

IMPRESSUM:

Herausgeber/Verantwortlich:

Joachim Unterländer MdL

Joseph-Seifried-Str. 8

80995 München

unterlaender.buergerbuero@gmail.com

muenchen8@kv.csu.de

<http://www.csu-landtag.de/www/96.asp>